

Die politischen Beziehungen der Schweiz zu Deutschland 1934/35 im Urteil von zwei diplomatischen Berichten des deutschen Gesandten in Bern Ernst von Weizsäcker

Autor(en): **Todt, Manfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **36 (1986)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-80961>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE POLITISCHEN BEZIEHUNGEN DER SCHWEIZ
ZU DEUTSCHLAND 1934/35
IM URTEIL VON ZWEI DIPLOMATISCHEN BERICHTEN
DES DEUTSCHEN GESANDTEN IN BERN
ERNST VON WEIZSÄCKER

Von MANFRED TODT

Der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland am 30. Januar 1933 mit dem sich unmittelbar daran anschliessenden Prozess der totalitären Gleichschaltung begegneten die amtliche Politik und die überwiegende Mehrheit der Öffentlichkeit der Schweiz mit äusserstem Misstrauen und prinzipieller Ablehnung. Symptomatisch für diese ständig sich steigernde gereizte Grundstimmung war die gegenseitig einsetzende Pressepolemik, die sich zu einem «Nervenkrieg»¹ ausweitete. Führende Persönlichkeiten der schweizerischen Medien haben durch einflussreiche Presseorgane einen hartnäckigen Kampf gegen die massive nationalsozialistische Propaganda mit ihren dauernden Einschüchterungsversuchen wirksam geführt. Fast instinktiv spürten die schweizerischen Redaktoren die dem Demokratieverständnis der Eidgenossenschaft völlig entgegenlaufende Andersartigkeit des deutschen Faschismus² und zogen daraus den richtigen Schluss, dass einem totalitären System letztlich nur erfolgreich Widerstand geleistet werden kann, wenn bei der Abwehr selbst vorübergehend «totalitäre» Mittel eingesetzt werden.

Im September 1933 übernahm Ernst von Weizsäcker sein neues Amt als Leiter der deutschen Gesandtschaft in Bern. Schon vorher hatte er als Konsul in Basel die politischen Verhältnisse der Schweiz kennengelernt³. Dem gewandten Diplomaten gelang es rasch, Verbindungen zu den führenden politischen Persönlichkeiten der Schweiz, insbesondere zu Bundesrat Motta, dem Vorsteher des Politischen Departements, zu knüpfen. Hauptthemen der Unterredungen zwischen Motta und Weizsäcker in den Jahren 1934/35 waren naturgemäss die «pangermanische Tendenz» und die «alldutsche Propaganda» sowie die damit zusammenhängenden Angriffe des nationalsozialistischen Deutschland gegen das Neutralitätsprinzip der Schweiz⁴.

1 Vgl. die immer noch grundlegende Arbeit von KARL WEBER, *Die Schweiz im Nervenkrieg, Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit 1933–1945*, Bern 1948. Auf die zentrale Fragestellung Webers, das Verhältnis von Staat und Presse, «das Ineinandergreifen der Aussenpolitik und der Öffentlichkeit», S. 10, kann im Rahmen dieser Ausführungen nicht eingegangen werden.

2 Die rücksichtslosen Methoden der Nationalsozialisten, die sich beispielsweise beim Reichstagsbrand 1933 oder beim sogenannten «Röhmputsch» 1934 äusserten, wurden von der schweizerischen Öffentlichkeit als viel radikaler empfunden als der kommunistische Machtwechsel in Russland oder der italienische Faschismus Mussolinis. Vgl. WEBER, *Nervenkrieg*, S. 30ff.

3 Vgl. ERNST VON WEIZSÄCKER, *Erinnerungen*, München 1950; vgl. *Die Weizsäcker-Papiere 1930–1950*, Berlin 1974.

4 Vgl. E. BONJOUR, *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bd. III, 1930–1939, Basel/Stuttgart 1970, S. 49ff.

Im März 1935 führte die Verschleppung des jüdischen Journalisten Jacob durch deutsche Beamte über die schweizerisch-deutsche Grenze⁵ zu einem Höhepunkt der Spannungen zwischen den beiden Nachbarländern⁶.

Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn befinden sich aus der Zeit der Jahre 1934/35 zwei Schlüsseldokumente Weizsäckers⁷, die in verschiedener Hinsicht ein bezeichnendes Licht auf das politische Verhältnis der Schweiz zu Deutschland werfen und die erstaunlicherweise bis heute von der historischen Forschung nicht, oder nur oberflächlich, ausgewertet wurden⁸. Deshalb soll im Folgenden versucht werden, durch eine Interpretation der beiden unveröffentlichten Berichte der Frage nachzugehen, welches damals die vorherrschenden Motive der deutschen Aussenpolitik der Schweiz gegenüber waren und wie der deutsche Gesandte in Bern die politische Lage in der Eidgenossenschaft beurteilte, insbesondere auch die nationalsozialistischen Bestrebungen, die Schweiz mit faschistischer Propaganda ideologisch zu unterwandern, um so das demokratische, liberale Staatsbewusstsein entscheidend zu schwächen⁹.

Im Gesandtschaftsbericht vom 24. April 1934 analysiert Weizsäcker die Gründe, die zu dem getrübbten Verhältnis der Schweiz zu Deutschland führten. Es lassen sich dabei folgende Problemkreise unterscheiden:

1. Die Angst vor einem neuen Krieg seit der nationalsozialistischen Machtergreifung. Damit zusammenhängend, befürchtet die Schweiz die deutsche Annexion Österreichs und eine Verletzung der schweizerischen Neutralität.
2. In einer kriegesischen Auseinandersetzung hält sich die Schweiz militärisch für ungenügend vorbereitet.
3. Die Skepsis unter der Bevölkerung gegenüber der Mitgliedschaft der Schweiz im Völkerbund nimmt zu.
4. Das Sicherheitsbedürfnis gehört zum schweizerischen Wesen.
5. Die ideologische Einkreisung der Schweiz durch den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus wird immer stärker als Bedrohung für die liberal-freisinnige Staatsgesinnung empfunden.
6. Kritik wird vor allem am nationalsozialistischen Führerprinzip und Rassendenken geübt, den beiden fundamentalen Pfeilern der totalitären Ideologie.

5 Beim Zollamt Kleinhüningen–Hiltalingerstrasse.

6 Eine ausführliche Analyse der Entführung und des daraus entstehenden Konfliktes gibt J. N. WILLI in seiner Dissertation, *Der Fall Jacob-Wesemann (1935/1936), Ein Beitrag zur Geschichte der Schweiz in der Zwischenkriegszeit*, Bern/Frankfurt a.M. 1972; insbesondere S. 124ff.

7 Bericht vom 24. April 1934 in den Akten «Politik 2 Schweiz» des Auswärtigen Amtes; Bericht vom 22. November 1935 in den «Politik 2 Schweiz, geheim». Siehe den Wortlaut der nicht publizierten Dokumente, S. 1–14. Freundlicherweise wurde mir eine Kopie des Berichtes vom 24. April 1934 vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes aus Bonn und eine Kopie des Berichtes vom 22. November 1935 von den National Archives Washington zugestellt.

8 Dies liegt im wesentlichen an der unterschiedlichen Fragestellung der einzelnen Untersuchungen. Erwähnt wird der Bericht vom 24. April 1934 in kurzen Zitatauszügen z. B. bei D. BOURGEOIS, *Le Troisième Reich et la Suisse 1933–1941*, Neuenburg 1974, S. 12 und S. 49. Auf den Bericht vom 22. November 1935 geht Bourgeois nicht ein. Gestreift werden beide Berichte ganz knapp von K. HUMBEL, *Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931–1939*, Bern/Stuttgart 1977, S. 222/223.

9 K. D. BACHER hat in der Studie, *Zeit der Ideologien, Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, die verschiedenen ideologischen Strömungen unseres Jahrhunderts untersucht und miteinander verglichen. Vgl. besonders S. 150ff.

7. Die nationalsozialistische Politik gegenüber den Juden lehnt die Schweiz ab.
8. Der sogenannte «Kirchenkampf» in Deutschland wird von der Schweiz gerügt.
9. Die Schweiz befürchtet eine geistige Überfremdung durch den Nationalsozialismus.
10. Sympathien für Deutschland zeigen sich in militärischen Kreisen, bei den «Fronten» und im antimarxistischen Lager.
11. Ein gewisse Staatsverdrossenheit in verschiedenen Gruppen greift in der Schweiz um sich.

Weizsäcker zog nach dieser Lagebeurteilung den Schluss, dass, als Folge der «gegenwärtigen Übertemperatur an allen Stellen», die Gesamtbilanz negativ bleibe. Er befürchtete eine weitere Verschlechterung der schweizerisch-deutschen Beziehungen.

So verwundert es nicht, wenn Weizsäcker in seinem Bericht vom 22. November 1935 davon ausgeht, dass das am 24. April 1934 entworfene, «nicht sehr rosige», Bild noch in fast allen Einzelheiten gelte. Worauf war diese Feststellung zurückzuführen?

1. Die Nationalratswahlen 1935 bringen keine wesentlichen Veränderungen in der Parteienlandschaft der Schweiz. Dabei zeigt sich deutlich die traditionelle Tendenz, das Überkommene zu bewahren.
2. Die Frontenbewegung ist nicht in der Lage, die Wirtschaftskrise zu beseitigen.
3. Totalitärer Staatsbegriff, Rassegedanke und Führerprinzip werden von der Schweiz abgelehnt.
4. Der nationalsozialistischen Kultur- und Kirchenpolitik steht die Schweiz verständnislos gegenüber.
5. Das Asylrecht soll «jüdische und linksradikale Elemente» ausschliessen.
6. Der Fall Jacob hat die Antipathie gegen das nationalsozialistische Deutschland gesteigert.
7. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Aufrüstung in Deutschland stossen in der Schweiz nicht grundsätzlich auf Ablehnung. Beunruhigung herrscht aber über die instabile Lage in Europa, die vor allem durch eine erhöhte diplomatische Aktivität entstanden ist.
8. Der Begriff der «differenzierten» Neutralität wird in der Schweiz vermehrt diskutiert.
9. Die Schweiz befürchtet eine staatliche Einbeziehung in das «Dritte Reich». Daher kommt auch die Reizbarkeit, die auf einen Minderwertigkeitskomplex zurückzuführen ist.
10. Die gegenwärtig verschüttete Rassen- und Kulturgemeinschaft, die zwischen Schweizern und Deutschen besteht, darf nicht endgültig verloren gehen.

Nach dieser Analyse fasste Weizsäcker die verschiedenen Gesichtspunkte in der Aussage zusammen, dass eine «Anpassung an die nationalsozialistische Denkweise in der Schweiz nicht zu erwarten» sei. Er forderte deshalb die Leiter des Auswärtigen Amtes in Berlin auf, mit der massiven Druckpolitik der Schweiz gegenüber aufzuhören und einen «Zustand der Ruhe, der Gewöhnung und der Gelassenheit» anzustreben. Der konservative Schweizerboden erwies sich für den Nationalsozialismus als zu steinig.

Es wäre nun wertvoll, die Argumentation Weizsäckers quellenkritisch zu überprüfen und mit weiteren zeitgenössischen Dokumenten und Darstellungen über das «Dritte Reich» zu vergleichen. Eine solche Untersuchung würde bei weitem über

den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgehen. Nur soviel kann gesagt werden, dass es kaum andere Dokumente gibt, die über die schweizerisch-deutschen Beziehungen in gleichem Masse aussagekräftig sind und einen ebenso grossen Quellenwert besitzen wie die beiden erwähnten Gesandtschaftsberichte. Im ganzen war die Lagebeurteilung Weizsäckers zutreffend¹⁰ und ausgewogen.

Weizsäckers Bericht vom 22. November 1935 führte noch zu einem historisch interessanten Nachspiel. Eine Kopie des Schreibens wurde auch, gegen den Willen des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Bülow¹¹, der Auslands-Organisation der NSDAP¹² zugestellt. Der Leiter war der in England geborene Auslandsdeutsche E. W. Bohle, der zielstrebig darauf hinarbeitete, eine Gleichstellung seiner Abteilung mit dem Auswärtigen Amt zu erreichen. Ausserdem versuchte er, vom Herbst 1935 an, allerdings mit wenig Erfolg, das Auswärtige Amt durch nationalsozialistisch gesinnte Beamtenanwärter zu unterwandern. Bohle übte nun in recht scharfem Ton Kritik an Weizsäckers Ausführungen¹³, insbesondere daran, dass der deutsche Diplomat mit keinem Wort auf «die Frage der reichsdeutschen NSDAP in der Schweiz» eingegangen sei. Offensichtlich legte es Gauleiter Bohle darauf an, Weizsäcker beim Auswärtigen Amt zu diskreditieren und gleichzeitig seine eigene Stellung aufzuwerten. Bülow deckte aber sofort den deutschen Gesandten in Bern in einem Antwortschreiben an Bohle¹⁴ und wies die Angriffe zurück.

Der Beamte im Auswärtigen Amt Rintelen, der Weizsäckers Bericht an die Auslands-Organisation übermittelt hatte, musste sich Bülow gegenüber rechtfertigen¹⁵. Rintelen führte vor allem die Überlegung an, dass die von der deutschen Gesandtschaft in Bern der Schweiz gegenüber vertretene «massvolle Richtung» im Unterschied zu der von der Auslands-Organisation befürworteten «Repressalienpolitik» den Vorzug verdiene. Es sei deshalb gerechtfertigt gewesen, Bohle zu informieren, um die tieferen Gründe der schweizerisch-deutschen Gegensätze aufzuzeigen. Diese Argumentation überzeugt nicht völlig.

Die Gesandtschaftsberichte vom 24. April 1934 und 22. November 1935 zeigen die bedeutenden diplomatischen Eigenschaften Weizsäckers, gewissermassen wie in einem Brennglas das politische Spektrum zusammenfassen zu können. Diese meisterlichen Fähigkeiten führten, neben anderen Gründen, dazu, dass der deutsche Gesandte in der Schweiz schon drei Jahre später, 1938, selbst zum Staatssekretär im

10 Dies bestätigt z. B. indirekt K. HUMBEL, a.a.O., in seinem «Schlusswort», S. 231: «Zu Beginn vielleicht nur aus einer Eingebung heraus empfanden viele Schweizer ein auf Gleichschaltung aller Herrschaftsobjekte gerichtetes System als Bedrohung für das eigene sprachlich, kulturell, konfessionell und politisch so vielgestaltete Staatswesen...» «Bezeichnenderweise hat in der Schweiz wohl nichts der nationalsozialistischen Propaganda stärker den Boden entzogen, als... die Gewaltanwendung bei der Entführung des Emigranten Jacob.»

11 Siehe Dokument IV; Politisches Archiv Bonn, Akten «Politik 2 Schweiz, geheim», ohne Datum.

12 Über Entstehung und Bedeutung dieser Abteilung vgl. G. LACHMANN, *Der Nationalsozialismus in der Schweiz 1931–1945, Ein Beitrag zur Geschichte der Auslands-Organisation der NSDAP*, Berlin, 1962, besonders S. 27ff.

13 Siehe Dokument III; Politisches Archiv Bonn, Akten «Politik 2 Schweiz, geheim», 9. Dezember 1935.

14 Siehe Dokument V; Politisches Archiv Bonn, Akten «Politik 2 Schweiz, geheim», 16. Dezember 1935. Schon in einer Randbemerkung zu Bohles Stellungnahme vom 9. Dezember 1935 (Dokument III) heisst es: «Der Bericht (Bohles) scheint mir unangebracht und unberechtigt» (Unterschrift unleserlich).

15 Siehe Dokument VI; Politisches Archiv Bonn, Akten «Politik 2 Schweiz, geheim», 18. Dezember 1935.

Auswärtigen Amt in Berlin, als Nachfolger Bülows, ernannte wurde. Diesen Posten versah Weizsäcker bis 1943 und war anschliessend bis Kriegsende Botschafter beim Vatikan.

Politisches Archiv Bonn, Akten «Politik 2 Schweiz, geheim», E 598474 – E 598480

DOKUMENT I

Deutsche Gesandtschaft

Bern, den 24. April 1934

Inhalt: Das gegenwärtige Verhältnis der Schweiz zu Deutschland

Es lohnt sich, den Gründen nachzugehen, die gegenwärtig das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland bestimmen. Denn wer hier lebt, kann an den Mängeln dieses Verhältnisses nicht vorbeisehen.

Die Schweiz gehört zu denjenigen neutralen Staaten in Europa, die zwar den Frieden von Versailles für ungerecht oder wenigstens für unklug halten, diesen Frieden aber einem neuem Krieg doch bei weitem vorziehen. Nun war die Schweiz ähnlich wie das Frankreich Briands längere Jahre in dem Wahn befangen, Deutschland habe sich mit seiner Niederlage abgefunden. Die Erkenntnis des Gegenteils erweckte daher hier zunächst recht grosses Unbehagen. Der Nationalsozialismus galt als kriegerisch. Man traute Deutschland plötzlich alles zu – einen Durchmarsch durch die Schweiz (um von Genf her den Franzosen in den Rücken zu fallen), sowie die Absicht, Österreich zu vergewaltigen und womöglich einen Teil der deutschen Schweiz zu annektieren. Für den Augenblick hat man sich wieder etwas beruhigt. Die jetzige schweizerische Meinung schilderte der Aussenminister, Bundesrat Motta, mir so: «1934 wird es in Europa keinen Krieg geben, aber später ...?» Er wollte damit sagen: Frankreich macht jetzt keinen Präventivkrieg; wenn aber Deutschland einmal Waffen hat, kommt die Gefahr von dort.

Zum nachhaltigen Selbstschutz in einem mitteleuropäischen Krieg hält sich die Schweiz für militärisch ungenügend vorbereitet. Sie spürt wohl auch instinktiv, was es bedeutet, seit 130 Jahren keinen Krieg mehr geführt zu haben. Zugleich erwacht sie von dem Irrtum, als sichere der Völkerbund den Frieden. Gute Beobachter sagen, die Schweizer würden heute nicht mehr – wie 1920 – für den Eintritt in den Völkerbund stimmen; andererseits wünsche die Volksmehrheit jetzt auch noch nicht den Austritt. Der Völkerbund gilt hier eben noch für besser als nichts, für eine Appellationsinstanz und Redeplattform der kleinen Staaten, die man nicht missen möchte. Man hat darum unseren Austritt aus dem Völkerbund beanstandet und versucht nun wohlmeinend-naiv, uns dazu zu drängen, recht bald wieder mitzutun.

Der Schweizer gilt mit Recht für einen Bourgeois. Seinem Rentnerbehagen, aber auch seinen Rechtsbegriffen läuft die jetzige Entwicklung der internationalen Verschuldungsfrage, besonders die der Transferfrage, sehr zuwider. Man muss sich vergegenwärtigen, dass Deutschland nach gewissen Berechnungen mit über zwei Milliarden Mark an die Schweiz verschuldet ist. Andererseits hat Deutschland im Geschäftsverkehr mit der Schweiz einen beträchtlichen Divisenüberschuss. Da ist es begreiflich, dass der Schweizer keine Transferschwierigkeiten anerkennen will. Nichts würde – nächst aussenpolitischer Ruhe – unser Verhältnis zur Schweiz so bessern können, wie eine baldige, gut, definitive Lösung des Schuldenproblems.

Die gegenwärtige Übertemperatur an *allen* Stellen, wo die Schweiz mit uns Berührung hat, ist freilich mit der Sorge um Frieden, Finanz und Aussenhandel noch nicht voll erklärt. Die Schweiz bedurfte vieler Jahre, um sich an den Faschismus im Süden zu gewöhnen. Ähnlich wird es dem Nationalsozialismus im Norden gehen. Nun kommt noch für das schweizerische Gemüt belastend hinzu die Umwandlung des kleinen demokratischen österreichischen Nachbarlandes in eine Diktatur und schliesslich fängt es auch noch im Westen, in Frankreich, an zu kriseln. Ist die Schweiz dieser Brandung gewachsen? Werden Liberalismus, Freisinn, Ungebundenheit, Kritiklust da bestehen können?

Kritik und gesteigerte Schulmeisterei setzten zunächst ein gegen diejenige Front, von der die Gefahr am stärksten zu drohen schien: man nahm Deutschland aufs Korn. In der Tat sind im Gegensatz zu Deutschland zwei Elemente im Nationalsozialismus für die schweizerische Einheit nicht unbedenklich: das Führerprinzip, denn die Schweiz ist heute noch ganz föderalistisch aufgebaut, und das Rassenprinzip, denn weder Rasse noch Volkstum in unserem Sinne halten die Schweiz zusammen. Es gehört noch in das Gebiet der Realpolitik, wenn die Schweizer diese beiden Prinzipien in ihren letzten Folgen scheuen.

Aber auch Imponderabilien spielen hier hinein. Die Schweizer – es muss hier immer sehr summarisch von *den* Schweizern gesprochen werden, obgleich es natürlich nach Bildungsschicht, Sprache, Konfession usw. allerlei Spielarten gibt – die Schweizer würden unterschätzt, wollte man sie *nur* für eine Staatsgemeinschaft zur Sicherung ihres Besitzes halten, etwa für einen durch die Topographie des Landes begünstigten materiellen Zweckverband. Weltanschauung ist dem Schweizer nicht fremd und auch nicht gleichgültig. Er gefällt sich allerdings noch mehr darin, als er ausübend ist.

Nehmen wir einige Folgen der Deutschland bewegenden Weltanschauungsfragen, zum Beispiel das Judenproblem. Keine der grossen schweizerischen Zeitungen würde heute wagen, antisemitisch aufzutreten. Es gehört zum guten Ton, den jüdischen Emigranten zu bedauern, ihm eine ideelle Heimat in der Schweiz zu bieten. In der Praxis aber ist die Schweiz von alterher viel ablehnender gegen das Judentum gewesen als das Deutsche Reich. Man durchforsche die Schweizer Banken, Presse, Parlament, den Arzt- und Anwaltsstand oder gar die Beamtenschaft; nur ganz ausnahmsweise wird man da auf jüdische Persönlichkeiten stossen, die eine Rolle spielen. Der Gedanke, dass etwa ein Jude in der Regierung sitzen könnte, würde hier nur einem Lächeln begegnen. Die Schweiz betreibt einen Antisemitismus der Tat, aber nicht des Wortes. Ernsthafte Schweizer gestehen im Zwiegespräch gern ein, dass ihnen am deutschen Vorgehen in der Judenfrage nur die Form missfällt.

Weniger klar zu Tage tritt die Freimaurerfrage. Immerhin ist interessant, dass vor kurzem die Regierung genötigt war, mittels statistischer Beweise sich und auch das Parlament gegen den Vorwurf freimaurerischer Überwucherung zu verteidigen. Wie stark aus freimaurerischer Quelle, etwa von Frankreich her, die Öffentlichkeit gegen Deutschland beeinflusst wird, ist freilich nicht leicht nachzuprüfen.

Deutlicher spiegeln sich in der schweizerischen Stimmung die deutschen kirchlichen Konflikte wider. Mit dem Auf und Ab der Beziehungen des Reichs zum Vatikan steigt und fällt auch in der recht bedeutenden katholisch-konservativen Partei und in ihrer Presse die Laune gegenüber Deutschland. Namentlich in der katholischen Zentralschweiz hatten wir treue Freundschaften, die von dieser Seite her erschüttert worden sind. Doch kann man annehmen, dass bei einer Normalisierung unseres Verhältnisses zur Kurie der Verlust wohl wieder auszugleichen wäre. Organisierte Einflüsse von katholischer Seite auf die Politik des Völkerbundes lassen sich

in der Schweiz (besonders in Freiburg i. Ü.) deutlich beobachten; allerdings haben diese Vorgänge mit dem deutsch-schweizerischen Verhältnis nicht unmittelbar zu tun.

Ernsthafter steht es mit den weniger einem *mot d'ordre* folgenden protestantischen Verbindungen. Diese sind wohl die bisher engsten geistig-kulturellen Klammern zwischen Deutschland und der Schweiz gewesen. Es ist kein Zufall, dass die evangelisch-kirchlichen Blätter der Schweiz zu den verlässlichsten Freunden Deutschlands zählten. Deutschland war für diese Kreise *die* protestantische Grossmacht, das Gravitationszentrum, ohne welches die nichtdeutschen protestantischen Kirchen herrenlosen Planeten gleichen würden. Verlieren diese Kreise den schon halb preisgegebenen Zusammenhang mit ihrem deutschen Mittelpunkt, dann wird der politische Rückstoss aus enttäuschter Liebe noch heftiger als bisher werden.

Wichtig für unser Verhältnis zur Schweiz ist natürlich auch die Entwicklung des Geisteslebens und der wissenschaftlichen Arbeitsmethoden unserer Hochschulen. Der deutsch-schweizerische Akademiker hat bisher Deutschland als seine natürliche Bezugsquelle und als sein geistiges Absatzgebiet angesehen. Bestimmte Zweifel, ob das so bleiben könne, sind hier wach, ohne dass jedoch schon eine definitive Abwehr im grösseren Massstab eingetreten wäre.

Mit dieser Aufzählung gewisser weltanschaulich-geistig-gefühlsmässiger Momente, die auf unseren politischen Beziehungen lasten, ist das Problem natürlich nicht erschöpft. Was angeführt wurde, mag aber beispielshalber dartun, dass unser Verhältnis zur Schweiz nicht einfach ein machtpolitisches Rechenexempel ist.

Es ist kein Wunder, dass derjenige anders fühlt als wir, der weder den Krieg, noch das Nachkriegselend am eigenen Leib verspürt hat. Trotzdem gibt es auch Gebiete, wo wir alte Sympathien bewahrt und neue dazu gewonnen haben. Beim schweizerischen Militär, bei den «Fronten» und im ausgesprochenen antimarxistisch eingestellten Lager – auch in der uns sonst abgeneigten welschen Schweiz – finden sich sehr erfreuliche Ansätze dieser Art. Das Missvergnügen über Parlament, Parteiwirtschaft, Mangel an Jugendfrische in Regierung und Verwaltung ist recht gross. Viele beneiden Deutschland um die starken Impulse und Erfolge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, im Schutz des Bauernstandes u.a. mehr.

Die Gesamtbilanz freilich bleibt vorläufig negativ. Das ist zu beklagen, denn in unserer Lage kann selbst die Abneigung eines kleinen Nachbarlandes, wie die Schweiz es ist, uns nicht gleichgültig sein. Die eidgenössische Regierung würde heute in einem europäischen Konflikt ihre Neutralitätspflichten gegen Frankreich ohne Zweifel wohlwollender auslegen, als gegen uns. Unser linker Frontflügel würde angelehnt sein an ein Land mit 300 000 Gewehren, die eher bereit wären, gegen uns als gegen Frankreich loszugehen.

Das dieses Verhältnis sich nicht zum Dauerzustand auswachsen darf, ist selbstverständlich. Einen erfreulichen Ruck zur Besserung verspürte man nach der Reichstagswahl im November v. J. Im übrigen muss Schritt für Schritt, oft in mühseliger Kleinarbeit, neuer Boden gewonnen werden. Ein gewisser Erfolg lässt sich auch dabei feststellen. Das nationalsozialistische Deutschland gewinnt an Achtung, um die Liebe sollten wir dagegen besser gar nicht werben. Es macht mehr Eindruck, wenn wir mit Würde unseren Weg gehen. Die beste Propaganda wird die des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfolges sein.

gez. Weizsäcker

An das Auswärtige Amt, Berlin.

DOKUMENT II

Deutsche Gesandtschaft

Bern, den 22. November 1935

Inhalt: Das heutige Verhältnis der Schweiz zu Deutschland

Vor etwa eineinhalb Jahren habe ich die Stimmung in der Schweiz und ihr Verhältnis zum Dritten Reich in einer kurzen Übersicht geschildert. Was in dem damaligen Bericht gesagt wurde, gilt noch heute fast in allen Einzelheiten. Wenn jenes Bild, das nicht sehr rosig war, nach hiesiger Beobachtung unverändert ist, so drängt sich eine gewissenhafte Prüfung der Gründe dafür auf.

Deutschland ist in der Zwischenzeit auf dem Wege des Nationalsozialismus weiter fortgeschritten; die Schweiz dagegen steht noch immer auf dem alten Fleck. Ein Beispiel dafür: Die Aufrufe der schweizerischen Parteien zur kürzlichen Parlamentswahl liessen den schwachen Hauch einer neuen Zeit verspüren. Die Wahlen selbst dagegen zeugen von einem seltenen Beharrungsvermögen. Nicht ideelle, nur wirtschaftliche Neuerer vermochten sich durchzusetzen. Erprobte Traditionen opfert der Schweizer unsicheren Versuchen nur in grosser Not. Eine kommende Not ahnt er wohl, er hat sie aber noch nicht ernst verspürt. Er verschanzt sich gewissermassen in seiner alten Burg, vor allem in der geistigen, und verteidigt sie nach bestem Können.

Tatsächlich steht die Schweiz vor einer schweren wirtschaftlichen Krise, deren sie mit dem jetzigen schwerfälligen System dezentralisierter Verantwortung nicht Herr werden wird. Sie muss zu einer mehr autoritären Verwaltung und Regierung kommen. Diese Einsicht in die Tat umzusetzen, haben die jungen, vorwärtsstrebenden, mit Interesse auf Deutschland blickenden Kräfte bisher nicht vermocht. Die sogenannten Fronten sind noch immer arg zerfahren. Es fehlt ihnen am führenden Kopf und am Programm. Der völkische und der Rassegedanke, der Begriff eines totalitären Staates sowie das Führerprinzip im deutschen Sinn haben in der Schweiz keinen Boden.

Wenn die Fronten nach ihrer kürzlichen Wahniederlage mit anderen neuzeitlich gesinnten Gruppen sich zusammenfinden und als geschlossener Trupp wieder vorrücken sollten, so würde dieser aus deutschen Impulsen Kräfte ziehen, in Wirklichkeit aber kaum weltanschaulich-nationalsozialistische Züge tragen, eher noch organisatorisch-faschistische, wahrscheinlich aber solche eines ganz neuen, dritten, der eigentümlichen Struktur des Landes angepassten Typs.

Auch die grossen kulturellen Linien in Deutschland und in der Schweiz laufen noch immer auseinander. Wissenschaft, Universitätsleben, Kunst, Literatur, Rechtsschöpfung, Religions- und Kirchenfragen – das alles sind Gebiete, wo die Schweizer, mit schwachen Ausnahmen, dem Nationalsozialismus verständnislos, kritisch, ja feindlich, jedenfalls defensiv gegenüberstehen.

Man darf freilich den langsamen, konservativen und oft trotzigsten Geist des eigentlichen Schweizervolks nicht gleichsetzen mit der Sinnesrichtung der Emigranten. Es ist zum Beispiel durchaus nicht etwa so, dass deren bekannte Erzeugnisse – vielfach aus dritten Ländern kommend und die hiesigen Verlegerfreiheiten benutzend – die eigentliche Meinung des Schweizer wiedergeben. Die Schweiz empfindet das von ihr gewährte geistige und personelle Asylrecht nachgerade selbst

recht lästig und ist im Stillen an der Arbeit, jüdische und linksradikale Elemente abzudrängen und auszuschliessen.

Nicht überall aber ist diese Tendenz gleich stark zu spüren. Mit manchen weltschen Volksteilen befinden wir uns in einer Art von antibolschewistischer Gesinnungsgemeinschaft. In anderen, namentlich in der deutschen Schweiz, wo die kommunistische Gefahr nicht so ernst genommen wird, überdecken die Antipathien gegen das dritte Reich zur Zeit fast alle alten deutschen Zusammenhänge, obgleich wir doch gerade da sprachlich und völkisch genommen berechtigt wären, am meisten Verständnis anzutreffen. Man behandelt dort die nationalsozialistische Weltanschauung wie eine strittige Glaubensfrage zwischen Nachbarn und Verwandten.

Der Meinungsstreit bleibt hierbei nun nicht stehen. Er projiziert sich weiter in das Aussenpolitische, begünstigt durch Zwischenfälle, wie den Sprengstoffschmuggel am Bodensee, die Entführung Jacob-Salomons und kleine Grenzübereien. Die Presse, frei von Rücksichten auf ihren Absatz in Deutschland, wo sie verboten ist, deutet die Zwischenfälle als Symptome allgemeiner deutscher Lust zu Übergriffen. Das deutsch-österreichische Verhältnis musste, besonders im Jahre 1934, Analogieschlüsse liefern. Das deutsche Gespenst kam nicht zur Ruhe.

Man hätte danach meinen können, dasjenige Ereignis, was am meisten Angst vor Deutschland wecken konnte, nämlich die deutsche Aufrüstung und die Erklärung der allgemeinen Wehrpflicht im Frühjahr 1935, hätte die Schweiz, und gerade die benachbarte deutsche Schweiz, besonders beunruhigen müssen. Das war aber nicht der Fall. Nach dem Erwachen aus dem Irrtum, als habe Deutschland sich mit seinem Zustand der Wehrlosigkeit abgefunden, ist die Aufrüstung des nationalsozialistischen Deutschland eher als etwas Natürliches hingenommen worden. Der Schweizer ist zu sehr Soldat, um hier nicht mitzufühlen. Misstrauen hegt er nur gegen den späteren politischen Einsatz unserer Wehrmacht. Sein Quietismus sträubt sich gegen die Erschütterung der unter französischer Vormacht scheinbar gewährleisteten Stabilität. Seine Unruhe wird gesteigert durch den allgemein diplomatischen Bewegungskrieg, der nach eineinhalb Jahrzehnten Atemholens in Europa eingesetzt hat. Probleme kommen wieder auf den Plan, die für die Schweiz auf immer geregelt schienen, wie die Mitgliedschaft im Völkerbund, die althergebrachte Neutralität und die gottgewollte Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft. Grundfragen werden aufgeworfen, wie die nach dem Zweck und Inhalt des Staates. Es gibt wieder etwas wie eine schweizerische Aussenpolitik.

Im Hinblick auf etwaige europäische Komplikationen spricht man nicht mehr von Neutralität schlechtweg, sondern von «aktiver» oder «diffenzierter» Neutralität. Zurzeit zwar ist das schweizerische Auge in der Richtung auf Italien und den Tessin abgelenkt. Im Grunde dreht es sich jedoch um Deutschland und die deutsche Schweiz. Die Sätze, die in der Führerrede vom 21. Mai dieses Jahres an die Schweiz gerichtet waren, erfüllten ihren Zweck. Viele und namentliche amtliche Kreise haben ihre Bedeutung wohl gewürdigt. In anderen Kreisen aber ist der Zweifel nicht erloschen, ob denn das Dritte Reich mit seiner inneren Dynamik auf eine geistige Besitzergreifung und auch staatliche Einbeziehung von Schweizergebiet überhaupt verzichten könne. Sie stehen unter dem von Frankreich her genährten Alpdruck, dass die vor bald 300 Jahren vollzogene Lösung der Schweiz vom Reich jetzt noch einmal zur Erörterung komme.

Statt selbstbewusster Abwehr zeigt sich nun eher eine Reizbarkeit, die nicht gut anders erklärt werden kann als aus einem Minderwertigkeitskomplex. Die föderalistisch zusammengehaltene vielgestaltige Rassen- und Sprachgenossenschaft fühlt sich dem Ansturm andersartiger Ideen von jenseits der Grenze nicht recht gewach-

sen. Daher dann das Anlehnungsbedürfnis an Gleichgesinnte, die Neigung zu der modisch-internationalen Clique im Genfer Völkerbund und die Hoffnung, dass die deutsche Gefahr aus Deutschland heraus gebannt werden könne. Die Spekulation darauf, das Dritte Reich sei vielleicht doch nur ein böser Spuk, ist noch nicht überwunden.

Damit ist das Wesentliche bereits gesagt. Natürlich ist ein Versuch, in so kurzen Strichen die vorherrschende Stimmung in der Schweiz zu zeichnen, nur sehr summarisch zu verstehen. Wer in der Schweiz reist oder persönliche Beziehungen hat, wird viele Beispiele nennen können, die in dieses Bild keineswegs hineinpassen. Alteingewurzelte Rassen- und Kulturgemeinschaft verschwindet nicht über Nacht. Diese Gemeinschaft ist zur Zeit nur überdeckt, und unsere Aufgabe muss es sein, sie in unverdrossener Kleinarbeit zu hüten und zu bewahren. Sie darf unter keinen Umständen, wie gewisse Beobachter fürchten, endgültig verschüttet werden oder ganz verloren gehen. Sie gehört zu den Imponderabilien, die bei der Pivot-Stellung der Schweiz weit über den kleinen Flächenraum des Landes mit seinen vier Millionen Menschen hinaus in ernstesten Zeiten aussenpolitisch und militärpolitisch eine grosse Rolle spielen werden. Ihre Vernachlässigung würde sich eines Tages bitter rächen können.

Ist aber eine Anpassung an nationalsozialistische Denkweise in der Schweiz nicht zu erwarten, so kann es sich nur darum handeln, im Verhältnis der Schweiz zu Deutschland einen Zustand der Ruhe, der Gewährung und der Gelassenheit anzustreben. Mit aktiver Einwirkung im Grossen ist hier nicht viel zu machen, weit eher dadurch, dass sozusagen nichts zwischen beiden Ländern vorfällt, nichts passiert. Es muss, gefördert durch vorsichtigen Abbau der Zeitungsverbote, durch sehr pflegliche Behandlung unserer Wirtschaftsbeziehungen und durch uninteressierte Wahrung von Distanz, die Erkenntnis wachsen, dass wir von der Schweiz durchaus nicht anderes wollen als gute Nachbarschaft. Im übrigen lasse man Eindrücke aus Deutschland wirken, wie die der Arbeitsbeschaffung, des Arbeitsdienstes, der sozialen Fürsorge und des sozialen Friedens. Im nüchternen Verstand des Schweizers haftet keine andere Propaganda als jene des tatsächlichen Erfolges.

gez. Weizsäcker

An das Auswärtige Amt, Berlin.

Politisches Archiv Bonn, Akten «Politik 2 Schweiz, geheim», E 456703 – E 456704

DOKUMENT III

Stab des Stellvertreters
des Führers

Berlin, 9. Dezember 1935

Der Leiter der Auslands-Organisation

Den Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Bern vom 22. November d. J. über das heutige Verhältnis der Schweiz zu Deutschland haben ich erhalten und mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Als auffallend muss es bezeichnet werden, dass in dem fünf Seiten starken Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland nicht ein einziges Wort von der Behandlung der Landesgruppe Schweiz der NSDAP durch die verschiedensten Schweizer Behörden enthalten ist. Angesichts der Bedeutung unserer Landesgruppen namentlich in der Schweiz und der dem Auswärtigen Amt und der Gesandtschaft in Bern wohlbekannten Schikanen, denen die Landesgruppe als solche und zahlreiche Politische Leiter und einzelne Parteigenossen seit Jahr und Tag ausgesetzt sind, bin ich der Auffassung, dass ein Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland als sehr unvollständig bezeichnet werden muss, der nicht mit einem einzigen Wort die Frage der reichsdeutschen NSDAP in der Schweiz berührt.

Ich wäre dem Auswärtigen Amt deshalb dankbar, wenn die Gesandtschaft in Bern zu einer Erklärung darüber aufgefordert würde, worauf diese Unterlassung zurückzuführen ist. Ich glaube mich in Übereinstimmung mit der Auffassung des Auswärtigen Amtes zu befinden, wenn ich bemerke, dass die Art der Behandlung unserer Parteigliederungen durch die Schweizer Behörden massgebenden Einfluss auf die Beziehungen zwischen beiden Staaten hat und deshalb einen breiten Raum in einem entsprechenden Bericht der Gesandtschaft finden müsste.

Heil Hitler!

gez. *Bohle*, Gauleiter.

Politisches Archiv Bonn, Akten «Politik 2 Schweiz, geheim», E 456712 – E 456713

DOKUMENT VI

Die Behandlung der Untergliederungen der N.S.D.A.P. und deren Leiter durch die schweizerischen Behörden im Laufe des Sommers hatte eine enge Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes mit der hiesigen Auslands-Organisation zur Folge. Als im Sommer d. J. die Frage der Ausweisung von einigen Exponenten der Partei, insbesondere des Landesgruppenleiters Gustloff aus der Schweiz akut wurde, machte sich die Auslands-Organisation zur Befürworterin einer Repressalienpolitik gegenüber der Schweiz. Es ist gelungen, die Auslands-Organisation davon zu überzeugen, dass demgegenüber die von der Gesandtschaft in Bern vertretene massvolle Richtung den Vorzug verdiene. Die Tatsachen haben die von der Gesandtschaft eingenommene Haltung vollständig gerechtfertigt. Da in dem von der Gesandtschaft am 22. November erstatteten Bericht die tieferen Gründe für die im Verkehr zwischen Deutschland und der Schweiz eingetretenen Reibungen aufgezeigt werden, erschien es nützlich, der Auslands-Organisation hiervon Kenntnis zu geben, da die Ausführungen der Gesandtschaft sehr wertvolle Hinweise sowohl zu Erklärung der von ihr eingenommenen Haltung, als auch für die in der Zukunft von den deutschen Behörden und Parteikreisen einzuschlagende Taktik enthielten.

Die Tatsache, dass in dem betreffenden Bericht nicht ausdrücklich auf die aus einer ausführlichen Sonderkorrespondenz hinreichend bekannten mit der Auslands-Organisation zusammenhängenden Vorgänge zurückgegriffen wurde, schloss nicht aus, dass er für die Auslands-Organisation von erheblichem Interesse sein musste, weil die Kenntnis der tieferen weltanschaulichen Gegensätze zwischen Deutschland und der Schweiz, die allein Gegenstand des Berichtes waren, für die wichtige Beur-

teilung und Überwindung der zwischen den reichsdeutschen Organisationen und den schweizerischen Behörden entstandenen Unzuträglichkeiten unerlässlich ist.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär gehorsamst vorgelegt.

Berlin, den 16. Dezember 1935

gez. von Rintelen

Politisches Archiv Bonn, Akten «Politik 2 Schweiz, geheim», E 456711

DOKUMENT IV

(Handschriftlich ohne Datum)

Aus welchem Grunde ist der Bericht aus Bern vom 22. November 1935 an die Auslands-Organisation weitergeleitet worden?

gez. Bülow

Politisches Archiv Bonn, Akten «Politik 2 Schweiz, geheim», E 456714

DOKUMENT V

Berlin, den 16. Dezember 1935

Die Kritik des dortigen Schreibens vom 9. ds.Mts. an dem Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Bern vom 22. November d.J. über das heutige Verhältnis der Schweiz zu Deutschland geht fehl. Die Gesandtschaft hat über die Anfeindungen und Verfolgungen, mit denen die Parteiorganisation und ihre Mitglieder in der Schweiz zu kämpfen haben, wiederholt und eingehend berichtet. Der Bericht vom 22. November über das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland soll das Bild abrunden. Entsprechend den Arbeitsbedürfnissen der Zentrale ist Art, Gliederung und Einteilung der Berichterstattung vorgeschrieben. Dieser Bericht entspricht in seiner Beschränkung auf die darin behandelten Gesichtspunkte den bestehenden Anforderungen.

Heil Hitler!
gez. Bülow

An die
Auslands-Organisation der
Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei
Berlin